

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 39

25.09.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **DIE UNGARISCHE AGRARWIRTSCHAFT WIRD IMMER STÄRKER.** Nach 2010 lautete die wichtigste Aufgabe im Agrarsektor, zum EU-Durchschnitt aufzuschließen, was zu gelingen scheint: Der Ausstoß des Sektors erhöhte sich binnen sieben Jahren auf das Anderthalbfache, die Exporte legten um 37 Prozent zu. Die Bruttolöhne in der Branche nahmen seit 2010 um 42,1 Prozent, die Nettolöhne um 33,5 Prozent zu. Die Landwirtschaft konnte ihren Anteil am BIP obendrein ungeachtet einer rasanten Industrieentwicklung steigern.
- **DASS ANGELA MERKEL IM AMT BLEIBT, IST FÜR UNGARN GÜNSTIG.** Ungarn war ein wichtiges Thema des Wahlkampfes in Deutschland. Merkel schlug gegenüber unserem Land einen weitaus freundlicheren Ton als ihr sozialdemokratischer Herausforderer an; mit dem Abschluss der Wahlkampfzeit darf eine weitere Besserung erwartet werden. Das Erstarken der AfD sollte ein Warnzeichen für die Führung der Bundesrepublik sein, die deshalb vermutlich weitere Korrekturen an der deutschen Einwanderungspolitik vornehmen wird.
- **ES GIBT KEINE STIMMUNG ZUR ABWAHL DER REGIERUNG.** Unter der erwachsenen Gesamtbevölkerung möchten 48 Prozent nicht, unter den sicheren Wählern sogar 57 Prozent nicht, dass die gegenwärtige Regierung 2018 scheidet, geht aus der aktuellen Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts hervor.
- **DER SOROS-PLAN IST EINE REALE GEFAHR.** George Soros hat in der Vergangenheit wiederholt seine Ansichten im Zusammenhang mit der europäischen Migrationskrise mitgeteilt, wobei er mit seinem Netzwerk an Organisationen starken Druck ausübt, um seine Vorstellungen den europäischen Bürgern aufzuzwingen. Es sieht ganz danach aus, dass auch die Führung in Brüssel die Zielstellungen des amerikanischen Milliardärs unterstützt, weshalb die ungarische Regierung die Unterstützung der Gesellschaft benötigt, um den Kampf gegen den Soros-Plan aufnehmen zu können.

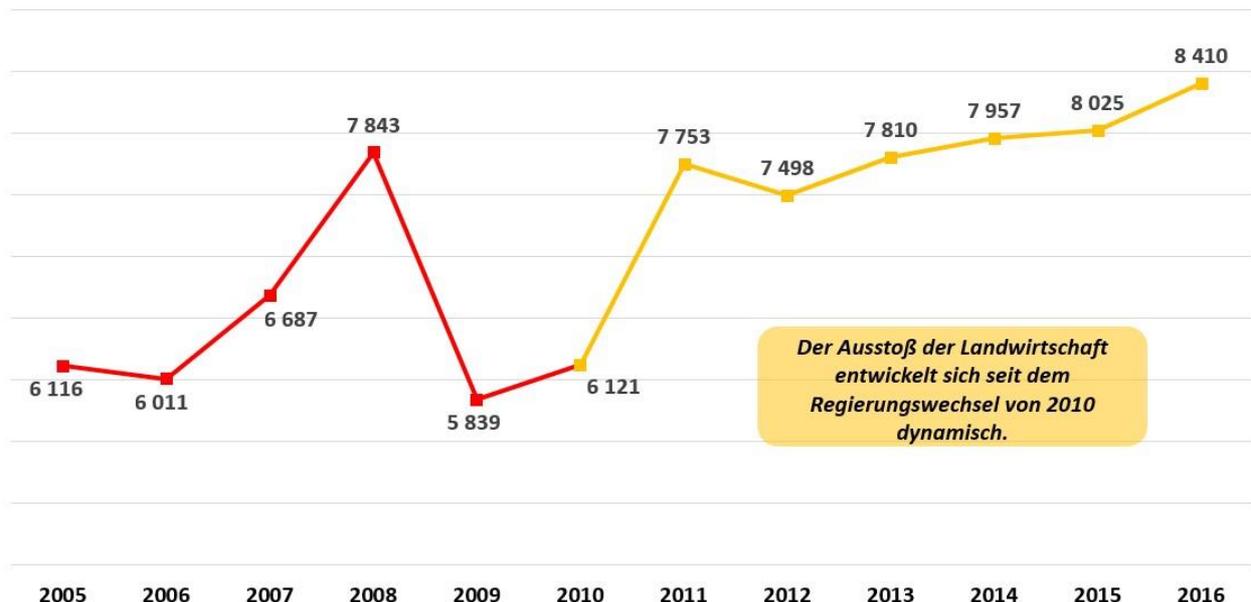
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die ungarische Agrarwirtschaft wird immer stärker

Nach 2010 lautete die wichtigste Aufgabe im Agrarsektor, zum EU-Durchschnitt aufzuschließen, was zu gelingen scheint: Der Ausstoß des Sektors erhöhte sich binnen sieben Jahren auf das Anderthalbfache, die Exporte legten um 37 Prozent zu. Die Bruttolöhne in der Branche nahmen seit 2010 um 42,1 Prozent, die Nettolöhne um 33,5 Prozent zu. Die Landwirtschaft konnte ihren Anteil am BIP obendrein ungeachtet einer rasanten Industrieentwicklung steigern.

Nach den Wahlen 2010 wurde die Unterstützung kleiner und mittelgroßer Agrargüter zur strategischen Richtschnur in der Güterpolitik. Infolgedessen nahm die Beschäftigung innerhalb des Sektors beträchtlich zu; unterm Strich entstanden 50.000 neue Arbeitsplätze, während gleichzeitig auch das technische Niveau angehoben werden konnte. So steigt auch der Ausstoß der Landwirtschaft dynamisch, der Jahr für Jahr neue Rekordwerte verzeichnet: Im Jahre 2016 übertraf dieser zu laufenden Preisen 2.619 Milliarden Forint.

DIE ENTWICKLUNG DES AUSSTOßES DER LANDWIRTSCHAFT IN UNGARN
(ZU BASISPREISEN, IN MILLIONEN EURO, ANGABEN DES KSH)



Im Ergebnis der Verhandlungen zur Reform der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik wuchsen die Mittel, die für die Unterstützung der ungarischen Landwirte und des ländlichen Raums

aufgewendet werden können. Flossen zwischen 2007 und 2013 für diese Zwecke insgesamt 10,4 Milliarden Euro, werden es zwischen 2014 und 2020 bereits 12,39 Milliarden Euro sein – somit können den ungarischen Landwirten Fördermittel im Gesamtvolumen von annähernd 4.000 Milliarden Forint ausgezahlt werden. Obendrein richten sich 80 Prozent der Investitionsmittel auf Entwicklungsprojekte kleiner und mittelgroßer Familienbetriebe, neben denen auch die jungen Landwirte eine herausragende Rolle erhalten: Wurden zwischen 2007 und 2009 kaum mehr als 2.000 Jungbauern Fördermittel zugeteilt, stieg deren Zahl nach 2010 auf über 6.000 Personen. Weil parallel die Landnutzung durch die großen Güter zurückgedrängt wurde, konnten die durch die kleinen und mittleren Höfe bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen beträchtlich ausgeweitet werden. Nach Angaben des Zentralamtes für Statistik (KSH) für 2016 bewirtschafteten Einzelhöfe in jenem Jahr 2,656 Millionen Hektar Agrarflächen und somit 10 Prozent mehr, als noch 2010.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Dass Angela Merkel im Amt bleibt, ist für Ungarn günstig

Ungarn war ein wichtiges Thema des Wahlkampfes in Deutschland. Merkel schlug gegenüber unserem Land einen weitaus freundlicheren Ton als ihr sozialdemokratischer Herausforderer an; mit dem Abschluss der Wahlkampfzeit darf eine weitere Besserung erwartet werden. Das Erstarken der AfD sollte ein Warnzeichen für die Führung der Bundesrepublik sein, die deshalb vermutlich weitere Korrekturen an der deutschen Einwanderungspolitik vornehmen wird.

Es ist in jedem Fall ein Warnschuss für Angela Merkel, dass die AfD mit einem Wahlergebnis von 13 Prozent als drittstärkste Fraktion in den Bundestag einzieht, nachdem die rechtsradikale Partei bei den vorigen Wahlen 2013 noch 4,7 Prozent erzielte. Dieses erhebliche Erstarken ist in erster Linie dem Umstand zu verdanken, dass die AfD ihre Politik in den letzten beiden Jahren auf eine scharfe Kritik der Einwanderungspolitik der Führung in Berlin sowie auf die Zurückweisung des mit dem

extremen Islamismus sowie des als Terrorgefahr identifizierten Islam ausrichtete. Weil sie von den übrigen Parteien abgelehnt wird, dürfte die AfD im Bundestag sehr wahrscheinlich keinen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können, deren Anwesenheit die wiedergewählte Kanzlerin möglicherweise jedoch dazu bewegt, ihre Einwanderungspolitik strenger auszulegen. Diese Erwartungshaltung wird noch dadurch bekräftigt, dass auch die zur viertstärksten Kraft avancierte, in den Bundestag zurückgekehrte FDP die gleichen Ziele verfolgt.

Für Ungarn ist die Wiederwahl von Angela Merkel positiv, nachdem sie gemessen an Martin Schulz während des Wahlkampfes einen weitaus eher zu Kompromissen bereiten Standpunkt vertrat.

Obendrein galten die deutsch-ungarischen Beziehungen allen politischen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz – auch dank der Zugehörigkeit der Regierungsparteien zur gleichen europäischen Parteienfamilie – als ausgewogen und blieb Ungarn ein wichtiger Partner. Deutschland ist seit Jahren der größte Kapitalinvestor in Ungarn, die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder sind herausragend, weshalb eine Besserung der politischen Beziehungen im gegenseitigen Interesse liegen muss.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

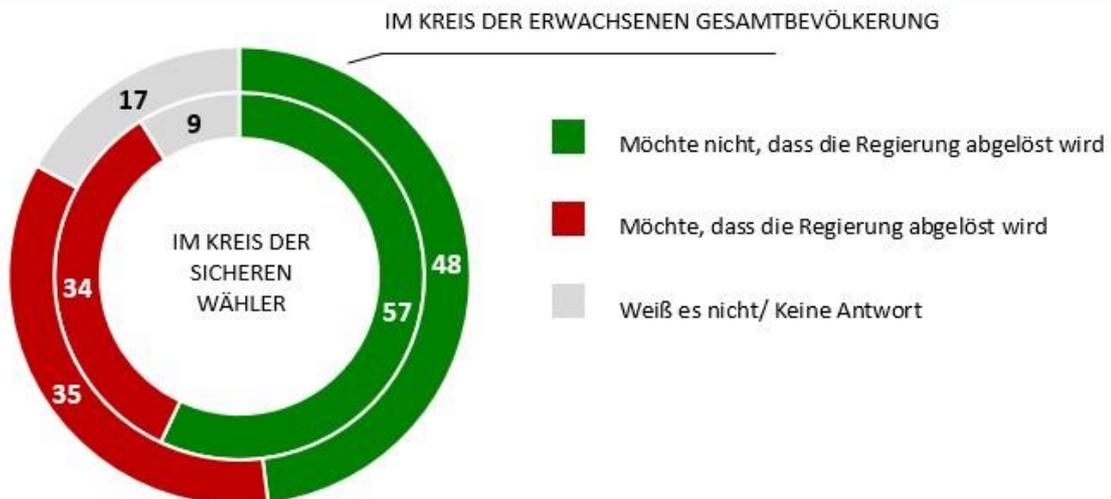
Es gibt keine Stimmung zur Abwahl der Regierung

Unter der erwachsenen Gesamtbevölkerung möchten 48 Prozent nicht, unter den sicheren Wählern sogar 57 Prozent nicht, dass die gegenwärtige Regierung 2018 scheitert, geht aus der aktuellen Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts hervor.

Auf der Grundlage der Umfrage wünschen 48 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung nicht, dass die gegenwärtige Regierung 2018 zu Fall gebracht wird, während gemessen daran nur 35 Prozent einen Sturz dieser Regierung erhoffen. Bemerkenswert ist dabei, dass durchschnittlich 14 Prozent der Anhänger der Opposition ebenfalls keinen Regierungswechsel wünschen. Der Anteil jener, die sich innerhalb des linken Lagers (MSZP, DK, Együtt, Párbeszéd, Liberale) nicht für einen Regierungswechsel

aussprechen, erreicht 20 Prozent, im Jobbik-Lager 17 Prozent, im Kreis der Sympathisanten der Momentum-Bewegung 15 Prozent und im Kreis der Anhänger der LMP 4 Prozent. Unter jenen, deren Parteipräferenzen unbekannt sind, wollen 28 Prozent ebenfalls nicht, dass diese Regierung abgelöst wird. Unter jenen, die ihre Wahlteilnahme als gesichert angaben, wünschen noch weniger einen Regierungswechsel. Im Kreis der sicheren Wähler würden nahezu sechs von zehn Befragten (57 Prozent) nicht wollen, dass die Regierung abgelöst wird, wofür sich lediglich ein Drittel dieser Wähler (34 Prozent) ausspricht.

WÜNSCHEN SIE EHER, DASS DIE GEGENWÄRTIGE REGIERUNG 2018 ABGELÖST WIRD, ODER WÜNSCHEN SIE DIES EHER NICHT? (ANGABEN VOM SEPTEMBER 2017)



Methodik: Die telefonische Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 12.-15. September 2017 mit der Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale

Der Soros-Plan ist eine reale Gefahr

George Soros hat in der Vergangenheit wiederholt seine Ansichten im Zusammenhang mit der europäischen Migrationskrise mitgeteilt, wobei er mit seinem Netzwerk an Organisationen starken Druck ausübt, um seine Vorstellungen den europäischen Bürgern aufzuzwingen. Es sieht ganz danach aus, dass auch die Führung in Brüssel die Zielstellungen des amerikanischen Milliardärs unterstützt, weshalb die ungarische Regierung die Unterstützung der Gesellschaft benötigt, um den Kampf gegen den Soros-Plan aufnehmen zu können.

George Soros machte seine Vorstellungen in Verbindung mit der europäischen Migrationskrise, die in der Öffentlichkeit als Soros-Plan bezeichnet werden, sowohl 2015 als auch 2016 detailliert publik. Im Jahre 2015 schrieb der US-Milliardär in dem Medium „Project Syndicate“ unter dem Titel „Rebuilding the Asylum System“, nach seiner Meinung konzentrierten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union „egoistisch“ auf die eigenen Interessen, wobei sie häufig Maßnahmen ergreifen, die den Interessen der übrigen Mitgliedstaaten zuwiderlaufen. Um die Krise bewältigen zu können, sei nach seiner Ansicht ein umfassender Plan für die EU vonnöten, dessen herausragender Teil darin bestehen soll, die Befugnisse der Nationalstaaten zu beschneiden.

Soros sieht in seinem Plan für die nahe Zukunft vor, dass sich die EU auf die Aufnahme von mindestens 1 Million Asylbewerbern jährlich einstellen müsse, wobei die damit verbundenen Lasten auf die Mitgliedstaaten aufzuteilen seien. Der amerikanische Spekulant glaubt, dass die EU im Interesse der Ansiedlung von über einer Million Migranten jährlich die Nichtregierungsorganisationen (NGO), die Kirchen sowie private Unternehmen aktivieren müsse, um diese Sache zu unterstützen. Obendrein würde er die Asylbewerber mit 15.000 Euro pro Kopf in den ersten zwei Jahren finanziell unterstützen, wofür die Europäische Union langfristige Anleihen begeben sollte, mit anderen Worten Kreditschulden auf sich nehmen müsste.

Ein weiteres wichtiges und dem Willen der ungarischen Menschen entgegengesetztes Element in der Konzeption des George Soros besagt, dass die EU unverzüglich eine gemeinsame Flüchtlings- und Migrationsagentur einrichten müsste, die im Wesentlichen die Entscheidungsrechte der Mitgliedstaaten in Fragen der Einwanderungspolitik an sich reißen würde.

Im Jahre 2016 wiederum sprach Soros im amerikanischen Magazin „Foreign Policy“ davon, dass die Flüchtlingskrise nach seiner Ansicht nur der Anfang eines über Jahre und Jahrzehnte andauernden Prozesses sei, wobei er seinen Standpunkt bekräftigte, dass die Migranten unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen seien. Weiterhin handelte er ab, dass nach erfolgter Legalisierung der Einwanderung – also der Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen – erneut Wirtschaftsmigranten aufzunehmen seien, die nach seiner

Ansicht auf dem europäischen Arbeitsmarkt benötigt würden, der „aus demographischen Gründen“ erschöpft sei.

All diese Bestrebungen befinden sich im Widerspruch zum Standpunkt der ungarischen Regierung und der Bevölkerung, zumal zahlreiche Forschungen in der jüngeren Vergangenheit belegten, dass die EU-Bürger eher ihre eigenen Regierungen damit betrauen würden, wie sie die Migration bewältigen sollen. Dessen ungeachtet kooperiert die Führung in Brüssel deutlich sichtbar mit George Soros und dem von ihm aufgestellten Netzwerk und hat mehrere seiner Anregungen bereits in konkrete Vorschläge geformt.

Aus diesem Grund benötigt die ungarische Regierung in dem Ringen eine neuerliche Bekräftigung ihres Standpunktes. Diesem Ziel dient die im Oktober startende Nationale Konsultation, die in Verbindung mit den einzelnen Punkten des Soros-Plans die Meinung der Bürger erkundet.

PROGNOSE

- Am 26. September läuft die Frist für die Aufnahme von Migranten im Zusammenhang mit der Entscheidung des Rats aus dem Jahre 2015 über die verbindlichen Ansiedlungsquoten aus. Die Zwangsansiedlung war erfolglos, nachdem innerhalb der vorgegebenen Frist nur ein Viertel der Migranten laut Quote umgesiedelt werden konnte.
- Am 27. September feiert die Erklärung von Lakitelek ihren 30. Geburtstag. Aus diesem Anlass findet vom 25. bis zum 28. September das X. Treffen Junger Politologen in Lakitelek statt.
- Am 27. September stellt die französische Regierung ihren Haushaltsentwurf vor. Für den zunehmend unbeliebteren französischen Präsidenten Emmanuel Macron dürfte der aller Voraussicht nach weitere Elemente einer liberalen Wirtschaftspolitik enthaltende Entwurf die Quelle zu neuerlichen Konflikten sein.
- Am 27. September kommen die Stadtverordneten von Budapest zusammen. Herausragendes Thema der Sitzung wird die Frage eines mobilen Hochwasserdamms am Római-Ufer der Donau sein. In diesem Zusammenhang hatte István Tarlós kürzlich geäußert, er sei unter Umständen sogar dazu bereit, ein örtliches Referendum in der Angelegenheit anzuregen.
- Am 29. September richtet die estnische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission den Digitalen Gipfel von Tallinn aus. An dem Gipfeltreffen der Europäischen Union nehmen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten teil.
- Am 30. September hält die LMP ihren Parteitag ab. Auf diesem Kongress wird Bernadett Szél offiziell zur Spitzenkandidatin der grünen Partei für die Parlamentswahlen 2018 gewählt.
- Am 1. Oktober findet in Katalonien ein nach Ansicht der spanischen Regierung verfassungswidriges Referendum über die Unabhängigkeit der spanischen Nordprovinz statt.
- Am 2. Oktober löst Gergely Gulyás in der Position des Fraktionsvorsitzenden des Fidesz Lajos Kósa ab.